Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: monatlich frei ins Haus Mark 1.80.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

mit den Beilagen: „Ratgeber des Landmannes" und „Breisgauer Sonntagsblatt"
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis:
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg., bei öfterer Aufnahme Rabatt. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 8 Mark ohne Postgebühren.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 303, Freiburg 1392.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 125 — Emmendingen, Dienstag, 1. Juni 1926 — 61. Jahrgang

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne in Karlsruhe.

WTB. **Karlsruhe**, 31. Mai. Bei der heutigen Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister Dr. Krohne, der in diesen Tagen in Baden weilt, um sich über die Verkehrswünsche des Landes unterrichten zu lassen, verbreitete sich Bürgermeister Dr. Kutzer-Mannheim über die allgemeine verkehrspolitische und wirtschaftliche Lage, wobei er betonte, daß die allgemeine Wirtschaftskrise in Baden sich widerspiegele in dem kolossalen Rückgang der Werte des gewerblichen Betriebsvermögens in Baden. Er bemängelte, daß die Reichsbahn noch nicht begonnen habe, dieser großen Not durch Vergebung von Aufträgen, durch Inangriffnahme der Elektrifizierung usw. zu steuern.

Auch der Präsident der Mannheimer Handelskammer Lenel verwies darauf, daß die Verkehrsverhältnisse zum größten Teil schuld an der mißlichen Wirtschaftslage seien. Die Rheinschiffahrt sei besonders schwer betroffen, die Seehäfen-Ausnahmetarife hätten einen außerordentlich starken Rückgang des Schiffahrtsverkehrs auf dem Oberrhein zur Folge gehabt. Der einst so blühende Mannheimer Hafenbetrieb gleiche jetzt einem Riesenfriedhof mit 22 000 Arbeitslosen, und ähnlich ergehe es den Häfen von Karlsruhe und Kehl.

Von den in Bau befindlichen 24 badischen Baustrecken, so erklärte Oberbürgermeister Dr. Finter-Karlsruhe, seien nur nach zwei in Ausbau, darunter die Linie Titisee—Seebrugg, beide aber auch nur mit Hilfe badischer Staatsanleihen. Aus wirtschaftlichen Gründen müßten auch Notstandsarbeiten durch die Reichsbahn zur Ausführung gelangen. Die Bahnhöfe von Mannheim, Heidelberg und Freiburg seien absolut unzureichend. Der Wunsch der Stadt Konstanz auf Berücksichtigung bei der Flugstrecke von Stuttgart — München nach Zürich müsse berücksichtigt werden.

Für die Hebung des Fremdenverkehrs, der jetzt im Westen vorbeiflute nach der Schweiz und Italien, setzte sich Generalkonsul Menzinger-Karlsruhe ein. Baden werde auch durch die Frachtschwierigkeit im Durchgangsverkehr Paris—München—Wien schwer geschädigt.

Reichsverkehrsminister Krohne dankte für die Anregungen, betonte aber, angesichts der allgemeinen traurigen Wirtschaftslage, daß die zum Teil scharfen Angriffe gegen die Reichsbahn unter anderem Gesichtswinkel zu betrachten seien. Die Reichsbahn habe schwere Reparationszahlungen zu leisten, die sie nur erfüllen könne, wenn sie außerordentlich vorsichtig sei bei der Erfüllung der vorgebrachten Wünsche, zumal die Reichsbahn infolge der ungünstigen Wirtschaftslage bedeutende Mindereinnahmen zu verzeichnen habe. Aber die Vorsicht bei verkehrsfördernden Maßnahmen dürfen nicht ein Dauerzustand sein.

Begonnene Bahnbauten könnten nach Auffassung der Reichsregierung nur insoweit fortgeführt werden, als die Reichsbahn die Mittel hierfür zur Verfügung habe. Der Reichsfinanzminister habe sich bereit erklärt, nicht unerhebliche Summen von Reichs wegen hierfür aufzuwenden. Besprechungen werden in allernächster Zeit aufgenommen. Bezüglich der Elektrifizierung der badischen Bahnen schwebten Verhandlungen, doch seien, abgesehen von der finanziellen Seite, noch gewisse technische Vorfragen zu prüfen, ehe man sich entscheiden könne, ob die Nordsüdlinie oder Ostwestlinie zuerst an die Reihe komme. Nach seiner Ansicht solle man versuchen, mit der Elektrifizierung beider Linien gleichzeitig zu beginnen.

Staatspräsident Trunk dankte dem Minister für seine ausführlichen Darlegungen und eröffnete die Diskussion.

Oberbürgermeister Renner-Rastatt tritt für die baldige Vollendung der Murgtalbahn als Durchgangslinie ein. Bürgermeister Dr. Kraus-Kehl schilderte die ganz besonders wirtschaftliche Notlage Kehls, Generaldirektor Aengenheister-Freiburg (Badischer Bauernverein) behandelte die Tariffrage vom Standpunkt der Landwirtschaft aus. Hotelbesitzer Brenner-Baden-Baden trat für eine nachdrückliche Förderung des Fremdenverkehrs ein, ferner für die Beschilderung der Straßen und Wege.

Minister Krohne war mit letzteren Anregungen vollkommen einverstanden, doch seien sie Sache der Landesregierungen. Zur Erleichterung der Zollbehandlung würden Verhandlungen gepflogen. Die bereits eingetretene Abbröckelung des Visumzwanges sei gerade Deutschland zu verdanken. Die Frage des Orientexpreßzuges durch Deutschland werde weiter Gegenstand von internationalen Verhandlungen sein.

Staatspräsident Trunk wird die Anregung des Herrn Brenner an die zuständigen Ressorts weiterleiten.

Direktor Reinhard von der Rhenus-Transportgesellschaft Mannheim tritt für Erleichterungen zugunsten der Binnenschiffahrt und speziell der Rheinschiffahrt ein. Er sei weit entfernt, die ganze Schuld an der Notlage der Tarifpolitik der Reichsbahn zuzuschieben. Er regte eine Nachprüfung des ganzen Tarifwesens an nach der Richtung, ob es heute noch den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Industrie entspreche, namentlich bezüglich der Staffeltarife.

Bürgermeister Keil-Triberg tritt warm für die Förderung des Fremdenverkehrs ein, der für den Schwarzwald heute ganz besonders wichtig sei. Nachdem Minister Dr. Krohne noch auf einige Anregungen eingegangen war, dankte Staatspräsident Trunk ihm und seinen Begleitern sowie den einzelnen Rednern für ihre Darlegungen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Aussprache förderlich und fruchtbar gewesen sein möge, für Baden im besonderen und für das Reich.

Sonstige Meldungen.

Der gestrige Kabinettsrat.

Den Blättern zufolge beschäftigte sich der gestrige Kabinettsrat nur mit laufenden Angelegenheiten. Irgend ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Personalfragen werden bis auf weiteres nicht zur Erörterung kommen, da der Reichskanzler erst mit den Parteiführern Fühlung nehmen will.

Zusammentritt des Ausschusses für die Wirtschaftsenquete am 7. Juni.

WTB. **Berlin, 31. Mai.** Der vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzte Ausschuß für die große Wirtschaftsenquete tritt am Montag den 7. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Verhandlungen werden sich über mehrere Monate erstrecken.

Der Schiedsrichter in Sachen der verpfändeten Einnahmen.

WTB. **Berlin**, 31. Mai. Zum Schiedsrichter in Sachen des Protestes des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen gegen die Hinausschiebung der Biersteuererhöhung ist Graf Lynden van Sandenburg im Haag mit Zustimmung der Reparationskommission bestellt worden. Er soll, wie die Blätter erfahren, prinzipiell entscheiden, ob verpfändete Steuern herabgesetzt werden dürfen ohne Zustimmung des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen.

Reichsernährungsminister Haslinde über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Berlin, 29. Mai. Auf der heutigen Gesamtvorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Weimar sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslinde über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Die eingeleitete Aktion zum Zwecke der Kreditregulierung, wie zur Wiederherstellung der Rentabilität werde mit allem Nachdruck fortgesetzt. Es sei dringend erforderlich, daß alle vermittelnden Kreditinstitute im Reich mit größter Schnelligkeit und möglichst großzügig arbeiteten. Es müsse bald eine weitere Ermäßigung des Zinssatzes für die landwirtschaftlichen Real- und Personalkredite angestrebt werden. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen des vergangenen Jahres seien in Verbindung mit der Reichsbank Maßnahmen in Vorbereitung, um zu verhindern, daß bei der kommenden Ernte unter dem Drucke der fälligen, kurzfristigen Schuldverbindlichkeiten die Erntevorräte in einem die Aufnahmefähigkeit des Marktes übersteigendem Umfange abgestoßen würden und sich daraus wieder verlustbringende Getreidepreise entwickelten. E berührte dann noch kurz die Zollfrage und wies auf die Notwendigkeit hin, die schwer ringende Landwirtschaft gegen die Ueberschwemmung mit Agrarprodukten aus dem Auslande hinreichend zu schützen. Solange die deutsche Industrie den jetzigen Zollschutz für erforderlich halte, könnten auch die bis zum 1. August 1926 gültigen weit unter die Friedenssätze gesenkten Uebergangszölle für Getreide und Vieh nicht als inländischer Zollschutz anerkannt werden.

Reichsfinanzminister Reinhold auf dem Bundestag der Steuerbeamten.

WTB. **München**, 30. Mai. Anläßlich der 6. Bundestagung des Bundes der deutschen Steuerbeamten fand gestern vormittag eine öffentliche Versammlung statt, die durch eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold eingeleitet wurde. Dr. Reinhold sprach namens der Reichsregierung den Dank aus dafür, was die Steuerbeamten in den letzten Jahren für Reich und Vaterland geleistet haben. Dr. Reinhold erklärte weiter, er könne es nicht verstehen, daß in der Bevölkerung in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Not ein gewisser Unmut über die Steuern herrsche und daß sich allgemeine Nervosität manchmal in unerfreulichen Explosionen Luft mache. Was man jedoch in den letzten Monaten an ungerechten Angriffen gegen die Beamtenschaft erlebt habe, übersteige jedes Maß und Ziel. Diese Dinge gefährdeten auch die Staatsautorität aufs

---

Der Urlaub des Herrn v. Zoomen.

Roman von Otto Berndt.

Copyright by Carl Dunker, Berlin W. 62, 1924.

*

9) (Nachdruck verboten.)

Senator Henrichson, Chef einer der größten Reedereien Hamburgs und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hanseatischen Eisen-Export-Co., saß in seinem Privatkontor und ihm gegenüber Direktor van Zoomen.

„Ich muß ausspannen, Herr Senator, ich möchte ich mittag meinen Urlaub antreten."

Van Zoomen war ein großer hagerer Vierziger, mit harten, scharfen Zügen. Ueber dem ganzen Wesen des Mannes lag eine nervöse Unrast. Der Senator schätzte die rastlose Arbeitskraft des Mannes, dem die Firma ihren schnellen Aufstieg verdankte.

„Sie sehen in der Tat sehr überarbeitet aus. Wohin wollen Sie?"

„Mit meinem Auto nach Amsterdam und von dort will ich mit einigen Freunden mich vier oder fünf Wochen in einer Segeljacht auf dem offenen Meere herumtreiben — vielleicht Madeira ansteuern oder noch besser irgend eine einsame Insel zwischen Teneriffa und der afrikanischen Küste."

Da hat man also vier Wochen lang gar keine Möglichkeit, Sie zu erreichen?"

Direktor van Zoomen lachte.

„Das ist ja der Zweck der Uebung. Bekomme ich geschäftliche Nachrichten, dann halte ich es im Urlaub nicht aus, komme zurück und arbeite wieder. Ich muß vollkommen außer Reichweite sein."

„Die laufenden Geschäfte?"

„Kann jetzt in der Sarengurkenzeit unsere vortrefflich eingearbeitete Sekretärin Frl. Leczinska in Gemeinschaft mit unserem Prokuristen, dem Hauptkassierer Schottmeier. sehr gut erledigen; sollte einmal etwas größeres vorkommen, dann werden Sie ja so freundlich sein, Herr Senator?"

Selbstverständlich sehe ich alle paar Tage einmal nach. Was ist denn eigentlich mit der Lokomotivenlieferung?"

„Fräulein Leczinska ist heute in meinem Auftrag unterwegs, um dieselben, wie es vereinbart war, zu übergeben, sobald der Kaufbetrag heute vormittag um 10 Uhr — also in einer Stunde — an unserer Kasse gezahlt sein wird. Dies warte ich natürlich noch ab und trete dann meinen Urlaub an."

„Vortrefflich, mein lieber van Zoomen, dann wünsche ich Ihnen noch recht gute Erholung, und wenn aus den fünf Wochen sechs oder sieben werden, so schadets durchaus nichts. Bringen Sie mir kräftige Nerven mit, denn ich hoffe der Winter bringt Arbeit."

Er schüttelte dem Direktor freundschaftlich die Hand, und Herr van Zoomen bestieg sein vor dem Hause haltendes Reiseauto, auf dem bereits ein paar mächtige Koffer festgeschnallt waren, und ließ sich noch einmal zum Büro der Gesellschaft fahren.

„Alles in Ordnung, Herr Schottmeier?"

„Jawohl, soeben hatten wir telephonische Verbindung und vor fünf Minuten wurde der Kaufvertrag in bar entrichtet. Ich werde den Betrag persönlich der Reichsbank überbringen."

Direktor van Zoomen wehrte ab.

„Lassen Sie nur, lieber Herr Schottmeier. Ich möchte nicht gern, daß Sie heute, wo auch Fräulein Leczinska nicht da ist, das Geschäftshaus verlassen. Es wäre doch immerhin möglich, daß irgend etwas vorkäme. Ich fahre sowieso an der Reichsbank vorbei, da kann ich das Geld selbst abgeben. Lassen Sie bitte zu Ihrer Entlastung eine Quittung ausschreiben, daß ich das Geld zur Deponierung von Ihnen übernommen habe; morgen früh haben Sie spätestens die Bestätigung der Bank."

Der Prokurist Schottmeier war sehr zufrieden, denn er war ein kleiner, schwächlicher alter Herr und es machte ihm durchaus keinen Spaß, sich mit mehreren Millionen fremden Geldes in das Gewirr der Hamburger Straßen zu begeben.

Der Direktor unterschrieb die Quittung, tat das Geld und die Anweisungen in seine Brieftasche und streckte dem Prokuristen die Hand entgegen.

„Also machen Sie es gut, wenn ich fort bin."

„Recht gute Erholung, Herr Direktor."

van Zoomen schritt die Treppe hinunter, und als das Auto ankurbelte, huschte ein Lächeln der Befriedigung über die Gesichter der Angestellten, denn die Aussicht, den immer nervösen, ewig anpeitschenden, nie zufriedenen Direktor einmal auf ein paar Wochen los zu sein, war fast so verlockend wie ein eigener Urlaub.

— — — — — — — — —

Ingenieur Zöllner hatte anderthalb Stunden in angenehmster Weise bei seinem Frühstück verbracht und rauchte gemütlich eine Zigarre, als der Kellner an ihn herantrat.

„Eine Dame wünscht den Herrn Oberingenieur zu sprechen."

„Eine Dame?"

Höchst hoffnungreiche Empfindungen stiegen in ihm auf. Sollte wirklich? Er eilte hastig aus dem Zimmer.

„Gnädiges Fräulein?"

Da stand sie vor ihm, Fräulein Leczinska, in einem ganz entzückenden kostbaren Pelz nach neuester Mode, und sah mit ihren lebenslustigen schillernden Augen, mit ihren von der Kälte des frühen Morgens geröteten Wangen und dem leichten Flaum auf der Oberlippe ganz allerliebst aus. Noch hübscher aber war sie, als sie in das Zimmer trat und den Pelz ablegte; das dunkle, vornehm einfache, enganliegende Reisekostüm enthüllte ihre zierlich rassige, kindlich zarte und doch volle Figur.

Galant küßte ihr Zöllner die Hand, während der Kellner, der den heißen Kaffee servierte, sich wunderte, daß aus dem erwarteten Vertreter einer Hamburger Eisengroßhanlung plötzlich eine hübsche junge Dame geworden war.

Maria Leczinska aber lachte hell auf.

„Sie haben mich wohl nicht erwartet?"

„In der Tat, ich glaubte, einer der Ingenieure der Firma —"

„Und nun sind Sie enttäuscht?"

Im Gegenteil, gnädiges Fräulein, ich bin überglücklich, ich hatte ja noch gar keine Gelegenheit, Ihnen zu danken."

„Zu danken, wofür?"

„Daß Sie es wirklich wahr gemacht haben, daß Sie uns dieses Geschäft vermittelten."

(Fortsetzung folgt.)

*

schwerste. Die notwendige Arbeit der Steuerbeamten, die ihnen so wenig gedankt werde, sei grade das Fundament für einen festen und sicheren Wiederaufbau des Vaterlandes. Mit der Mahnung, einig zu sein in dem Gedanken, daß alle zusammen helfen müßten, um damit den Grund zu legen zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches in alter Größe schloß Dr. Reinhold seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dr. Luther Ehrenvorsitzender des Luftfahrer-Verbandes.

WTB. **Hamburg**, 31. Mai. Nach Berichten der Abendblätter wurde der frühere Reichskanzler Dr. Luther zum Ehrenvorsitzenden des Deutschen Luftfahrerverbandes gewählt.

Eröffnung der 32. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft.

WTB. **Breslau**, 31. Mai. Bei der Eröffnung der 32. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft betonte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslinde, daß die Reichsregierung in enger Fühlungnahme mit den Landesregierungen unerläßlich bemüht sei, Mittel und Wege zu finden, den wirtschaftlichen Druck, der auf der deutschen Landwirtschaft lastet, auf ein erträgliches Maß herabzusetzen, doch müßte letzten Endes die Landwirtschaft dabei mithelfen. Er habe jedoch das feste Vertrauen auf den zähen Behauptungswillen des Landvolkes und sei darin vor allem durch die Ausstellung, die ein glänzendes Zeugnis von dem hohen Stande der Entwicklung unserer heimischen Landwirtschaft gebe, bestärkt worden. Der Minister gab seiner Freude über die rege Anteilnahme seitens der Landarbeiter an der Ausstellung Ausdruck.

Der preußische Landwirtschaftsminister führte aus, die Entwicklung der letzten Jahre habe bewiesen, daß die Deutsche Landwirtschaftliche Gesellschaft mit allem Ernst an ihre große und verantwortungsreiche Aufgabe der Ernährung des Volkes auf eigener Scholle herangegangen sei, habe doch Deutschland 1925 den Brotgetreidebedarf seiner Bevölkerung in vollem Umfange zu decken vermocht.

Deutsche Kolonialtagung in Bochum.

WTB. **Bochum**, 30. Mai. In der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde nach Annahme einer Sympathiekundgebung an die Bevölkerung der besetzten Gebiete folgende Entschließung des Vorstandes zur Kolonialfrage angenommen: Die Hauptversammlung ersucht die deutsche Reichsregierung, die deutschen kolonialen Rechtsansprüche mit allem der hohen Bedeutung dieser Frage gebührenden Nachdruck und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Geltung zu bringen, insbesondere nach amtlicher Zurückweisung der kolonialen Schuldlüge in erster Linie die Auslieferung der alten deutschen Kolonien zu verlangen. Sollte die deutsche Reichsregierung beabsichtigen, in den Völkerbund einzutreten, so ist dies von der vorherigen Zusicherung der Rückgabe deutschen Kolonialbesitzes abhängig zu machen. — Weitere Entschließungen fordern die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Deutschen in allen Ländern und Maßnahmen zur Bekämpfung der kolonialen Schuldlüge.

Stagerrat-Gedenktag in Kiel.

WTB. **Kiel**, 31. Mai. Gestern abend fand in der Aula der Kieler Universität eine Stagerrat-Gedenkfeier aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Schlacht statt, zu der die Einladungen von dem Stationskommandanten ausgegangen waren. Der Stationschef mit seinem Stabe, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, die Offiziere der Marine und der Küstenwehr, Abordnungen anderer Truppenteile sowie zahlreiche inaktive Offiziere und Mannschaften wohnten dem Festakt bei. Fregattenkapitän Scheibe (während der Seeschlacht auf Panzerkreuzer Lützow) gab einen Ueberblick über den Verlauf der Seeschlacht. Vizeadmiral Raeder brachte in einer kurzen, von vaterländischem Geiste getragenen Rede ein Hoch auf das deutsche Volk und das deutsche Vaterland aus. Im Anschluß an die Feier begann dann der große Zapfenstreich sämtlicher Truppenteile der Garnison Kiel. Heute morgen fand eine Gedenkfeier für die Gefallenen auf dem Marineehrenfriedhof statt, an die sich um 11 Uhr eine Parade anschloß.

Neue Disziplinarstrafordnung für das Heer.

Reichspräsident von Hindenburg hat, wie die Blätter berichten, in formaler Ausübung an das neue Militärstrafgesetzbuch eine neue Disziplinarverordnung für das Reichsheer erlassen. Im Gegensatz zu früher gibt es jetzt nur noch gerichtliche Vergehen und Disziplinarübertretungen. Der Mittelarrest ist in verschärften Arrest umgewandelt worden. Die Höchstbetrag der Geldstrafe wurde von einem Achtel auf ein Viertel des Monatsgehalts erhöht.

Regelung saarländischer Grenzfragen.

WTB. **Saarbrücken**, 29. Mai. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Regelung der Rechtsverhältnisse an den Grenzen des Saargebietes, insbesondere über den kleinen Grenzverkehr, haben zu einer Einigung über die Maßnahmen zur Grenzunterhaltung geführt. Auch über die Gewohnheitsrechte an der saarländisch-französischen Grenze mit Ausnahme weniger Punkte ist eine Einigung erzielt worden, ebenso ist bereits eine Reihe von Bestimmungen über den kleinen Grenzverkehr an der deutsch-saarländischen Grenze festgelegt worden. Hingegen bestehen u. a. noch Meinungsverschiedenheiten über die Ausdehnung der Erleichterungen zollrechtlicher Art im Grenzverkehr. Mit Rücksicht hierauf sind die Verhandlungen für kurze Zeit unterbrochen worden, um die verschiedenen Fragen einer neuen Prüfung zu unterziehen. Sie werden Ende Juni fortgesetzt werden.

Die Lage in Polen.

Piłsudski zum Staatspräsidenten gewählt.

WTB. **Warschau**, 31. Mai. **Bei der Wahl zum Staatspräsidenten im Sejm erhielt Piłsudski 291 Stimmen und Bninski 193 Stimmen. 61 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Da die absolute Mehrheit 243 Stimmen beträgt, ist Piłsudski mit absoluter Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt. Die deutschen Abgeordneten stimmten geschlossen für Marschall Piłsudski.**

Piłsudski lehnt ab.

WTB. **Warschau**, 31. Mai. Sejm-Marschall Rataj erklärte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Bartel um 12.45 Uhr vor Vertretern der polnischen Presse, daß Marschall Piłsudski die Wahl zum Staatspräsidenten nicht annehme. Sein Beschluß, so erklärte Rataj, sei unwiderruflich. Infolgedessen hat Sejm-Marschall Rataj für morgen 10 Uhr die Nationalversammlung wiederum einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Beschluß Piłsudskis hat in politischen Kreisen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung des Marschalls Piłsudski lassen sich zurzeit noch nicht in ihrer Gesamtheit übersehen.

Zur Ablehnung Piłsudskis.

WTB. **Warschau**, 31. Mai. General Piłsudski richtet an den Sejm-Marschall Rataj einen Brief, in dem er für die Wahl seinen Dank ausspricht. Leider könne er die Wahl nicht annehmen in der Erinnerung an das Geschick des Präsidenten Narutowicz, den er vor seinem plötzlichen Tode nicht habe bewahren können. Ueberdies könne er ohne Arbeit nicht leben und die gegenwärtige Verfassung entrücke den Präsidenten der Arbeit. Es sei deshalb ein anderer Charakter für diesen Posten notwendig. Der Marschall entschuldigte sich wegen der Enttäuschung, die er seinen Anhängern im Landtage habe bereiten müssen und spricht die Hoffnung aus, daß unverzüglich eine andere Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt würde.

Aus Frankreich.

Eine Rede Painleves.

WTB. **Paris**, 31. Mai. Auf dem Bankett der Vereinigten Sozialistisch-republikanischen Partei und der rechtsstehenden Sozialistischen Partei trat gestern Kriegsminister Painleve für eine Politik der Realisation ein. Außerdem behandelte Painleve sein Verhalten und das des Kabinetts Briand überhaupt in der Marokkofrage. Der als Gast anwesende Malvy verlangte die Wiederherstellung der Koalition der vier Parteien, mit denen Herriot regiert habe, da die Vereinigung aller demokratischen Kräfte jetzt notwendiger sei, denn je.

Briand spricht über die Stabilisierungspolitik.

WTB. **Paris**, 31. Mai. Wie das Echo de Paris mitteilt, wird Ministerpräsident Briand morgen in der Kammer eine Erklärung über die Währungs- und Finanzpolitik der Regierung abgeben, sich aber gegen jeden Versuch wenden, eine Debatte über die Methoden der Sanierung hervorzurufen.

Aus England.

Die Kohlenkrise vor der Entscheidung?

WTB. **London**, 31. Mai. **Da die Gültigkeit des Regierungangebotes auf weitere finanzielle Unterstützung in Höhe von 3 Millionen Pfund heute abläuft, besteht die Möglichkeit, daß der Premierminister mit den Vertretern der Grubenbesitzer und Bergarbeiter heute abend zusammentritt. Man ist in den beteiligten Kreisen der Ansicht, daß heute abend noch in letzter Stunde eine Anstrengung zur Erzielung einer Regelung gemacht werden wird. Sollte jedoch nichts erfolgen, so wird der Premierminister morgen eine Erklärung beim Wiederzusammentritt des Unterhauses abgeben.**

Zur Lage in der englischen Kohlenindustrie.

WTB. **London**, 31. Mai. Alle Blätter weisen darauf hin, daß heute abend das Ultimatum der Regierung abläuft, wonach die in Aussicht gestellte Subvention für die Kohlenindustrie von drei Millionen Pfund Sterling zurückgezogen wird.

Daily Expreß verlangt, die Regierung solle unverzüglich auf gesetzgeberischem Wege Vorkehrungen treffen, um die Arbeitsbedingungen in der Bergwerksindustrie in der notwendigen Weise abzuändern.

Der parlamentarische Korrespondent des Daily Telegraph sagt, daß morgen beim Zusammentritt des Unterhauses über die Kohlenlage eine eingehende Aussprache stattfinden dürfte. Es besteht der endgültige Eindruck, daß die Absicht der Regierung, bis zu Ende zu kämpfen, nicht mehr viele Tage aufrecht erhalten wird. Die wachsende Neigung der Bergleute in den Kohlenbezirken, eine Ausdehnung der Arbeitszeit zu erwägen, werde als sehr bedeutungsvoll betrachtet.

Aus Amerika.

Eine Abrüstungsrede Coolidges.

WTB. **Washington**, 31. Mai. Bei der Gedenkfeier für die im Sezessionskrieg Gefallenen auf dem Nationalfriedhof von Arlington hielt Präsident Coolidge eine Ansprache, in der er erneut die Notwendigkeit betonte, einem neuen Wettrüsten vorzubeugen, denn es sei nicht daran zu zweifeln, daß der infolge des Wettrüstens verursachte wirtschaftliche Druck die überlasteten europäischen Länder kapitüber in den Weltkrieg gejagt habe. Amerika wünsche, daß alle Probleme, die auf der Abrüstungskonferenz zur Sprache kommen, ihrer technischen Schwierigkeiten entkleidet werden und daß man diese Probleme in einer Weise löse, die praktische Ergebnisse gewährleistet. Amerika sei bereit, jeder Anstrengung Unterstützung zu gewähren, die in dieser Richtung unternommen wird.

Das amerikanische Prohibitionsgesetz und der Kreuzer „Hamburg".

WTB. **London**, 29. Mai. Einer Timesmeldung zufolge wird aus Los Angeles berichtet, daß auf dem deutschen Kreuzer „Hamburg", während er in San Pedro (Kalifornien) vor Anker lag, Bier an Besucher verkauft worden sei, dessen Alkoholgehalt über den durch das amerikanische Prohibitionsgesetz vorgeschriebenen Prozentsatz hinausging.

WTB. **Berlin**, 29. Mai. Von einem angeblichen Verstoß der Besatzung des Kreuzers „Hamburg" gegen das Prohibitionsgesetz liegen an hiesigen maßgebenden Stellen Meldungen nicht vor. Die Blätter weisen darauf hin, daß ein deutsches Kriegsschiff exterritorial ist, deutschen Boden darstellt und daß an Bord die deutschen Gesetze gelten.

Newyork, 29. Mai. Wie Associated Preß aus Washington meldet, wird das Staatsdepartement wegen des angeblichen Verkaufs überprozentigen Bieres auf dem Kreuzer „Hamburg" voraussichtlich heute die deutsche Botschaft in Kenntnis setzen, womit dieser Zwischenfall als erledigt betrachtet werde.

Eine Rede Mussolinis im Senat.

WTB. **Rom**, 29. Mai. (Stefani) Am Schlusse der Debatte über den Etat des Ministeriums des Aeußern sprach Mussolini im Senat vom Locarnopakt. Italien habe sich angeschlossen, um sich nicht zu isolieren und um nicht die Gelegenheit zu verlieren, Italien auf die gleiche Stufe mit England zu stellen. Mussolini sagte ferner, daß Deutschland natürlich im nächsten September als ständiges Ratsmitglied in den Völkerbund eintreten werde, eine These, die er, Mussolini stets verfochten habe. Er fuhr dann fort: Ich will Ihnen eine Erklärung allgemeiner Art abgeben: Die italienische Politik würde stets imperialistischer Bestrebungen verdächtigt. Der italienische Imperialismus ist ein Zeichen der Würde des italienischen Volkes und vor allem seiner moralischen Würde. Aber unser Imperialismus besteht nicht in dem Sinne eines agressiven Imperialismus, der sich zum Kriege rüstet. Ich muß erklären, daß die faschistische Regierung nur eine Friedenspolitik verfolgt und nur verfolgen kann; aber den Frieden wollen bedeutet nicht entwaffnet zu sein. Man muß sich auch über die Entwaffnungsfrage verständigen. Die Abrüstung muß vollkommen sein, sonst ist sie nur eine schlechte Komödie. Bis zu dem Grad, zu dem alle Staaten tatsächlich abrüsten, kann Italien nicht abrüsten, ohne seine Unabhängigkeit und seine Freiheit zu verlieren (sehr lebhafter Beifall). Ein gerechter und dauerhafter Friede muß begleitet sein von der Befriedigung unserer legitimsten und heiligsten Interessen. Die Nationen, die in dem großen Kriege mit uns verbündet waren, werden sich davon überzeugen, daß sie unseren rechtmäßigen Forderungen entgegenkommen müssen. Jedenfalls sei festgestellt, daß man niemanden, der es auch sei, etwas geben wird, wenn nicht zuvor der italienische Anteil befriedigt ist (Beifall). Es gibt einen Punkt, in welchem die faschistische Regierung hinsichtlich des Völkerbundsrates vollkommen unnachgiebig ist, nämlich der Punkt betr. die Einstimmigkeit seiner Entscheidung. Wir stehen noch nicht an der Spitze einer Konstellation von Völkern, wir haben nicht ein mehr oder minder großes Gefolge Schutzbefohlener, aber wir besitzen die furchtbare Waffe des Vetos, und auf dieses Veto sind wir in keiner Weise gesonnen, zu verzichten.

Hierauf nahm der Senat den Etat des Ministeriums des Aeußern an.

Mussolini erklärte im Senat u. a. noch zum Locarnopakt: Italien bestand nicht auf einer Garantie für den Brenner, um nicht den Pakt sich noch verwickelter zu gestalten und schließlich auch deshalb, weil es von Deutschland nicht eine Garantie für die Brennergrenze fordern konnte, die keine italienisch-deutsche Grenze ist. Italien schloß sich also dem Locarnopakt an, denn es war von Friedensgrundsätzen beseelt, obwohl der Geist von Locarno in letzter Zeit einige Veränderungen erfahren hat. Zur Frage der Abrüstung erklärte Mussolini noch, man dürfe nicht nur darauf sehen, wieviel Kanonen, eine Nation besitzt, wieviel Flugzeuge und Schiffe, sondern man muß ins Auge fassen, was diese Nation tatsächlich besitze an Rohstoffen, Fabriken und Werkstätten, die morgen im gegebenen Augenblick eine große Anzahl von Schiffen, Kanonen und Flugzeugen herstellen können.

Die Prinzessin Miltza von Montenegro

ist nicht schüchtern. Sie hat vor dem deutsch-französisch-jugoslawischen gemischten Schiedsgerichtshof gegen das Deutsche Reich eine Klage auf Zahlung von 15 Millionen Goldmark erhoben. Sie ist eine geborene Prinzessin von Mecklenburg und macht geltend, daß sie als Erbin des verstorbenen Streliczer Großherzogs Anspruch auf dessen Vermögen habe, das durch eine Verordnung der Revolutionsregierung vom Dezember 1918 zugunsten des Staates eingezogen worden sei. Mit den Gründen und Gegengründen, die in diesem Prozeß geltend gemacht werden, mögen sich die Juristen befassen. Dagegen entrüsten sich deutsche Zeitungen mit Recht darüber, daß eine geborene deutsche Prinzessin sich auf die südslawische Staatsangehörigkeit beruft, um aus dem Deutschen Reiche Geld herauszuholen. Es besteht kein Anlaß, sich zum Vorkämpfer dieser Prinzessin zu machen, die seinerzeit nicht ganz freiwillig den Prinzen von Montenegro heiratete. Sehr viel auffälliger ist aber doch noch, daß sie als Anwalt Herrn Paul Boncour, den Vertreter Frankreichs in Genf, gewonnen hat. Paul Boncour ist seines Zeichens nicht nur Rechtsanwalt, sondern auch Sozialist, Daß ein Sozialist sich zum Anwalt einer Fürstin macht, scheint den Sozialdemokraten in Deutschland durchaus berechtigt, jedenfalls haben wir bisher nicht ein Wort des Einspruchs dagegen gehört. Was um so auffälliger ist, als sie jeden Deutschen, der sich in irgendeiner Form gegen die Enteignung der fürstlichen Vermögen einsetzt, als bezahlten Fürstenknecht verleumden.

Der Krieg in Marokko.

Unterredung mit Abd el Krim.

WTB. **Paris**, 31. Mai. Einem Berichterstatter des Journals sagte Abd el Krim u. a.: Mit Frankreich hätten wir sofort Frieden geschlossen und ihm die Gefangenen wiedergegeben. Aber wir wollten der gleichen Forderung der Spanier nicht nachkommen. Den Gedanken eines Verzweiflungskampfes haben wir nicht in die Tat umgesetzt, weil ich auf die Ratschläge eines französischen Arztes gehört habe, der im Auftrag des Generalresidenten Steeg sprach. Um Blutvergießen zu vermeiden, habe ich mich Frankreich ausgeliefert, zu dem ich Vertrauen habe. Ich verlange nur, daß man mich nicht den Spaniern ausliefert und daß man weder meine Familie noch die Personen, die sich in meiner Umgebung befinden, zur Verantwortung ziehe. Ich allein bin verantwortlich, da ich allein den Befehl geführt habe.

Italien und die Tangerzone.

WTB. **Rom**, 31. Mai. Zu einer Aeußerung der Agentur Havas, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, irgend eine Aenderung mit internationalem Charakter in der Zone von Tanger eintreten zu lassen, erklärt die Tribuna, daß, soweit Tanger in Frage komme, Italien nicht von der Verwaltung der internationalen Zone ausgeschlossen werden könne. Italien könne von diesem Teile des Mittelmeeres nicht längr ausgeschlossen bleiben.

Aus dem Gerichtssaal.

Urteil im Prozeß gegen kommunistische badische Landtagsabgeordnete.

WTB. **Leipzig**, 31. Mai. In dem Prozeß gegen kommunistische badische Landtagsabgeordnete verurteilte heute das Reichsgericht Frau Frieda Unger wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemäß § 7 des Republikschutzgesetzes sowie wegen Nötigung zum 2½ Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen den Landtagsabgeordneten Max Bock wird auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt.

Urteil im Kiewer Bestechungsprozeß.

WTB. **Kiew**, 31. Mai. In dem Riesenprozeß gegen die Beamten der Kiewer Miliz wurden gestern vier der Hauptangeklagten wegen Bestechlichkeit und Mißbrauchs der Amtsgewalt zum Tode und zwei weitere Angeklagte zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. 30 Personen wurden freigesprochen. Der Rest der 111 Angeklagten erhielt Strafen von 1—7 Jahren Gefängnis.

Das Schicksal Abd el Krims

der Führer der Riffkabylen, hat sich rasch gewendet. Vor drei Wochen weigerten sich seine Vertreter in Udschda, auf die Bedingungen der Franzosen und Spanier einzugehen. Sie waren allenfalls bereit, den Sultan von Marokko als geistliches Oberhaupt anzuerkennen, bestanden im übrigen aber auf der Unabhängigkeit der Riffkabylen. Sie gestanden eine Entwaffnung der Kabylenstämme, auch nur unter der Bedingung zu, daß Abd el Krim selbst sie durchführe. Unerschütterlich aber waren sie in ihrer Weigerung, eine Entfernung Abd el Krims aus dem Riffgebiet auch nur in Erwägung zu ziehen. Die Friedensverhandlungen mußten schließlich abgebrochen werden und die Vertreter der Riffkabylen, die alle mit Abd el Krim verwandt oder doch Mitglieder seiner nächsten Umgebung waren, kehrten unverrichteter Dinge in das Kriegslager zurück. Am 7. Mai wurden die Feindseligkeiten an der ganzen marokkanischen Front wieder aufgenommen. Abd el Krim hat einen Freiheitskampf von fast sechs Jahren heldenhaft durchgeführt. Als er auf der Höhe seiner Erfolge stand, hatte er sicher den Ehrgeiz, einmal der Sultan eines freien und unabhängigen Marokkos zu sein. Er hat den Spaniern schwer zu schaffen gemacht und starke militärische Erfolge errungen. Es ist wohl auch fraglich, ob die Spanier allein ihn hätten bezwingen können. Als aber der Unabhängigkeitskampf der Riffkabylen das französische Gebiet anzustecken begann und als Frankreich nunmehr gemeinsame Sache mit Spanien machte, war der Kampf Abd el Krims aussichtslos geworden. Wenn Pariser Blätter jetzt in ihrem Siegesjubel behaupten, das Ende Abd el Krims bereite Deutschland eine schwere Enttäuschung, so irren sie sich. Als im vorigen Jahre der konzentrische Angriff Spaniens und Frankreichs gegen Abd el Krim einsetzte, waren die militärischen Sachverständigen Deutschlands von der unbedingten Niederlage der Marokkaner überzeugt. Ausschlaggebend war vielleicht weniger die angeheure Ueberlegenheit der Spanier und der Franzosen an moderner, militärischer Ausrüstung, als die enge Küstenblockade, mit der die Spanier und die Franzosen im Sommer des vorigen Jahres das Riffgebiet absperrten. Abd el Krim und seine Anhänger hatten keine Möglichkeit mehr, ihre Vorräte an Waffen und Munition von auswärts zu ergänzen. Sie haben von Raisuli und nicht minder von französischen und spanischen Außenposten in heldenhaftem Angriff reiche Vorräte an Waffen und Munition erbeutet. Auf die Dauer aber war der Feldzug damit nicht zu bestreiten und darum erklärt es sich, daß die Riffkabylen den französischen und spanischen Vorstößen schließlich so gut wie wehrlos gegenüberstanden. Es spricht für ihre Widerstandskraft und ihren Freiheitssinn, daß sie trotzdem die Friedensverhandlungen scheitern ließen und den Kampf noch einmal aufnahmen. Das rasche Ende der letzten Kriegsphase aber beweist, daß ihr Schicksal schon damals besiegelt war.

Vermischte Nachrichten.

Dr. Schacht wieder in Berlin. Dr. Schacht ist von seiner Londoner Reise nach Berlin zurückgekehrt.

Besserung in Löbes Befinden. Die Besserung im Befinden des Reichspräsidenten Löbe hält an. Der Patient ist ohne Fieber und leidet keine Schmerzen mehr. Er wird bald wieder aufstehen können.

Der Vorwärts zur Flaggenfrage. „Flaggenexperimente". Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich der Vorwärts mit dem Flaggenentwurf des Reichskunstwarts Dr. Redslob und anderen Vorschlägen zur Schaffung einer deutschen Einheitsflagge und erklärt: Einstimmigkeit, die bei einem solchen Versuch der Schaffung einer Einheitsflagge Voraussetzung wäre, ist grundsätzlich ausgeschlossen. Es gibt in der Flaggenfrage kein Kompromiß, es gibt nur ein entweder oder. Die Flagge der Republik ist Schwarz-Rot-Gold und wer gegen diese Flagge ist, für den kann es kein Paktieren geben.

— **70 Anklagepunkte gegen Jürgens.** Die Voruntersuchung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens steht unmittelbar vor dem Abschluß. Die zu erhebende formelle Anklage dürfte Jürgens und seiner Frau annähernd 70 Fälle des Kreditschwindels, des Versicherungsbetruges und des Meineids bezw. des Falscheides zur Last legen. Jürgens, der sich in Stettin in Haft befindet, bestreitet nach wie vor jede Schuld. Ob die Hauptverhandlung noch vor den Gerichtsferien stattfinden kann, gilt angesichts des großen Umfanges des durchzuarbeitenden Materials für zweifelhaft.

— **Zum Münchener Eisenbahnunglück.** Gegen den Lokomotivführer Aubele ist die Einleitung der Voruntersuchung beantragt worden. Aubele hat gegen seine Verhaftung Beschwerde eingelegt, die vom Landgericht München zurückgewiesen wurde.

— **Liebestragödie.** Im Walde bei der Försterei Heinbuch im Kreise Winsen wurden die in Hamburg bei ihren Eltern wohnende 17jährige Grete Schuermann im schwerverletzten Zustand und der 18jährige Oberrealschüler Ernst Wanmacher erschossen aufgefunden. Der Beweggrund ist noch nicht bekannt.

— Seit einigen Tagen ist eine Kieler Firma mit den Bergungsversuchen des seit November 1914 auf dem Meeresgrunde bei Wilhelmshaven liegenden deutschen Panzerkreuzer York beschäftigt, der während des Krieges auf eine Mine lief und sank. Taucher der Wilhelmshavener Marinewerft haben festgestellt, daß das mächtige Schiff, das gegen 700 Mann an Bord hatte, nicht zu heben ist. Die Taucherarbeiten gestalten sich äußerst schwierig, da an der Liegestelle des Wracks eine außerordentlich starke Grundströmung herrscht, die alles mit sich fortreißt und es unmöglich macht, in den Schiffrumpf einzudringen. Aus diesem Grunde soll das Wrack unter Wasser auseinandergesprengt werden; aber auch diesem Plane stellen sich große Hindernisse entgegen. Die Taucher versuchen, Sprengmunition und Leitungsschnüre in das Innere des Vorder- und Hinterschiffes zu legen, um bei der Sprengung die wertvollen Schiffsmaschinen freizulegen. Ob dann die Bergung bezw. Hebung der Maschinenkolosse gelingt, ist fraglich, da die Grundströmung eine Befestigung fast unmöglich macht. Ob sich Leichen im Schiffe befinden, kann nicht festgestellt werden; bekanntlich ertranken beim Untergang des „York", der bei Sturm und dichtem Nebel erfolgte, über 300 Mann. Das Reich gibt zu den Bergungsversuchen keinen Zuschuß.

— **Großfeuer in einer Pariser Automobilfabrik.** In der bekannten Pariser Automobilfabrik Renault war in den letzten Wochen ein Streik ausgebrochen, der durch Vermittlung des Arbeitsministers beendet werden konnte. Freitag begannen 2000 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder. Aber gegen 1 Uhr nachmittags stand das ungeheure Unternehmen in Flammen. Besonders die Räume, in welchen die Autoreifen untergebracht waren, wurden in ganz kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Auf einer Strecke von 300 Metern sah man ein Flammenmeer. Eine Stunde später gelang es der Feuerwehr, des Brandes Herr zu werden. Der Schaden beträgt viele Millionen. Eine Gerichtskommission befindet sich an der Brandstätte, um die Ursachen dieses auffallenden Brandes festzustellen.

Aus Baden.

Eine Flaggenschändung in Konstanz.

WTB. **Karlsruhe**, 31. Mai. In der Nacht vom 21. zum 22. Mai haben in Konstanz zwei Reichswehrsoldaten und zwei Gymnasiasten einen von der Stadt Konstanz angebrachten Flaggenschmuck in der Absicht herunter gerissen, die schwarz-rot-goldenen Flaggenbänder zu vernichten. Der Minister des Innern hat bei der zuständigen Reichsstelle wegen dieses Vorganges Vorstellungen erhoben und in seiner Eigenschaft als Unterrichtsminister die sofortige Schulsuspendierung der Gymnasiasten veranlaßt, bis durch gerichtliches Disziplinarverfahren festgestellt, ob gegen dieselben Nachsicht am Platze ist.

*

Die Arbeitslosigkeit in Baden.

WTB. **Karlsruhe**, 31. Mai. Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden ist sich in der letzten Woche im allgemeinen gleich geblieben. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist nun von 68 695 auf 68 441 zurückgegangen. Der Andrang von Arbeitsuchenden bei den öffentlichen Nachweisen hat sich verstärkt. Mit einer nennenswerten Besserung der Lage dürfte in nächster Zeit kaum zu rechnen sein.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* **Emmendingen**, 1. Juni. Zum Ableben des Oberpflegers Julius Heck wird uns in Berichtigung unserer Meldung in unserer Nummer 123 mitgeteilt: Es ist nicht zutreffend, daß der Verstorbene in die Klinik nach Freiburg verbracht werden mußte, sondern er ging freiwillig, um seine Nerven wieder in Ordnung zu bringen. Auch wurde er nicht als psych. Patient sondern als Nervenpatient aufgenommen — Der Dahingeschiedene war 26 Jahre in seinem schweren Berufe tätig und versah seinen Dienst zur vollen Zufriedenheit der Anstaltsleitung. Er wurde nur ein Opfer seines schwierigen Berufs und wird in allen Kreisen der betroffenen Familie inniges Beileid entgegengebracht.

)(**Emmendingen**, 1. Juni. In der Klärgrube wurde heute morgen am Rechen der Kanalisation die Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt.

:x: **Emmendingen**, 1. Juni. Seit etwa drei Monaten wird der im Hotel „Feldbergerhof" bedienstet gewesene 18½ Jahre alte Koch Karl Mangold, dessen Eltern hier wohnhaft sind, vermißt. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des jungen Mannes waren bisher vergeblich. Dieser Tage schrieb nun ein Mädchen, welches sich in Amerika befindet, an ihre Eltern, daß Mangold, — mit welchem sie früher in Baden-Baden zusammen in Stellung war — ihr einen Brief geschrieben hat, wonach er sich in der französischen Fremdenlegion befindet.

—: **Aus dem Schulkreise.** Ernannt wurden Oberlehrer: Hauptlehrer Josef Faber in Reichenbach, Amt Lahr, Walter Fehr in Bühl, Amt Emmendingen, zum Hauptlehrer J. Lupfer, zurzeit in Unterprechtal, nach Wildgutach, A. Isemann, zurzeit in Elzach, nach Katzenmoos. Ausgeschrieben ist je eine Hauptlehrerstelle in Denzlingen und Kenzingen.

✻ **Teningen**, 31. Mai. Am vergangenen Sonntag (30. Mai) fand hier in der festlich geschmückten Kirche bei zahlreicher Beteiligung der Gemeinde das Bezirksfest der Basler Mission statt. Herr Pfarrer Schmitt hielt die Liturgie und begrüßte die Erschienenen in herzlicher Weise. Herr Pfarrer Jenßen aus Eichstetten hielt die tiefdurchdachte, zu Herzen gehende Festpredigt; sodann gab Herr Missionar Stier anschauliche Berichte über die Tätigkeit der Missionare in Kamerun, Indien u. China. Pfarrer Lic. Rose aus Kenzingen erstattete den Jahresbericht und sprach der Gemeinde Teningen den Dank aus für ihre freundliche Mitwirkung bei dem Fest, besonders auch dem Mädchenchor, der das Fest durch einen Vortrag verschönerte.

: **Endingen**, 30. Mai. Dieser Tage hat Herr Stadtrechner Karl Kalchtaler in Freiburg vor dem Prüfungsausschuß der Gemeindebeamten die Verwaltungssekretärprüfung bestanden.

"„ **Oberhausen**, 31. Mai. Bei einem in der Sonntag nacht über unsern Ort gezogenen Gewitter schlug der Blitz in die Scheuer des Fahrradhändlers Ernst Hölle. Der Blitz riß das Dach der Scheuer vom First bis zur ersten Ziegelreihe in ca. 1 Meter Breite auf und nahm an einer senkrecht stehenden Eisenstange entlang seinen Weg in die Erde, ohne weiteren Schaden anzurichten.

)(**Oberhausen**, 31. Mai. Im Laufe der letzten Woche wurde hier auf dem Kirchturm durch die Uhrenfabrik Firma Schneider & Sohn in Schonach eine neue Kirchturmuhr aufmontiert. Die Uhr hat Viertel-, Halb- und Stundenschlag. Möge die neue Uhr der hiesigen Einwohnerschaft recht viele frohe Stunden verkünden.

25jähriges Stiftungsfest des Männer-Gesangvereins Wasser.

:-: **Wasser**, 31. Mai. Unser Männergesangverein und mit ihm die ganzen Gemeinde hatten unstreitig Glück, denn während in den Vortagen regnerisches Wetter herrschte und schon in der Nacht zum Montag dasselbe erneut einsetzte und am heutigen Nachmittag seine Fortsetzung fand, blieben am gestrigen Festtag die Schleußen des Himmels geschlossen und wurde uns somit eine programmgemäße Durchführung des Festes ermöglicht, auf welches sich schon seit Wochen, ja Monaten Alt und Jung gefreut, denn infolge der Kleinheit der Gemeinde sind die festlichen Veranstaltungen der Zahl nach gering in unserem Dörfchen. Welch innigen Anteil die ganze Gemeinde am Fest- und Ehrentag des Männergesangvereins nahm, bewies schon die Ausschmückung der Straßen und Häuser des ganzen Ortes, waren ja sogar eine ganze Anzahl der Häuser frisch verputzt und angestrichen. Von mitags 12 Uhr an erfolgte der Empfang der auswärtigen Vereine, die sich in stattlicher Anzahl zu unserem Feste einstellten und freudiges Willkommen fanden. Gegen 2 Uhr erfolgte die Aufstellung des Festzuges, der sich unter der Anführung von 4 schmucken Festreitern und unter Vorantritt der Musikkapelle Denzlingen in großer Ausdehnung durch die Dorfstraßen bewegte. Nach der Ankunft auf dem Festplatz wickelte sich der Festakt in folgender Weise ab: Einem Musikstück der oben erwähnten Festmusik folgte der Begrüßungschor des festgebenden Vereins „Gott grüße Dich" v. Decker. Dann entbot der Vorstand des Männergesangvereins Herr Schillinger der Festversammlung herzliches Willkommen. Er begrüßte besonders die Vertreter des Breisgauer Sängerbundes und wünschte allen Teilnehmern recht vergnügte Stunden in unserem Ort. Nicht minder herzlich war die Begrüßung, die Herr Bürgermeister Schöchlin namens der Gemeinde allen Festteilnehmern zurief, Redner schloß mit einem Hoch auf das deutsche Lied. Dann trat Frl. M. Schöchlin aus dem lieblichen Kranz der Festjungfrauen vor und überreichte nach dem Vortrag eines sinnigen Gedichtes eine von den Frauen und Jungfrauen gestiftete schöne Fahnenschleife, für welche der Fähnrich in herzlichen Worten dankte. Die Festrede hielt sodann Herr Hauptlehrer Geier, der eifrige Dirigent des festgebenden Vereins. Redner zeichnete in markigen Zügen die Geschichte des Vereins, um dessen Gründung sich besonders die Herren Ketterer, Jäckin und Scheuermann verdienst gemacht. Der Weltkrieg forderte auch von dem Verein seinen Tribut, indem 5 Mitglieder auf dem Felde der Ehre für das Vaterland fielen. An 4 aktive Mitglieder, die dem Verein seit seiner Gründung angehören, konnte der Redner die Ehrennadel des Badischen Sängerbundes mit herzlichen Glückwünschen aushändigen. Es sind dies die Herren Scheuermann, Schneeberger, Wolfsperger und Gerber. Mit dieser Ueberreichung verband Herr Geier einen warmen Appell an die jungen Leute zum Eintritt in den Verein zur Pflege des deutschen Liedes, welchem er begeisterte Worte widmete. Er schloß mit einem freudiges Echo findenden Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Heimat und mit ihnen das deutsche Lied. Herr Prokurist Stöhr überreichte sodann namens der Sänger des Gsang. Volksvereines dem Jubelverein einen silbernen Lorbeerkranz mit herzlichen Wünschen für das Fest und für eine gedeihliche Zukunft des Vereins. Den Abschluß des Festaktes bildete darauf der Vortrag des Liedes „Vaterland" von Wohlgemut durch den festgebenden Verein

Handel und Verkehr.

— **Richtamtl. Produktennotierungen für je 100 Kilogramm.** Berlin, 29. Mai. Viktoriaerbsen 33—44; Viktoriaerbsen, kleinere 26 bis 30; Futtererbsen 20—25; Peluschken 20—24; Ackerbohnen 22—24; Wicken 28—32; Lupinen, blaue 12—13,50; Lupinen, gelbe 15,50—17,50; Seradella, neue 40—45; Rapskuchen 13,80 bis 14; Leinkuchen 17,80—18; Trockenschnitzel 9,90 bis 10,90.

Stadttheater Freiburg i. Br.

Dienstag den 1. Juni, abends 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr: **Samson und Dalila.** Oper in drei Akten (vier Bildern) von Camille Saint-Saens.

Mittwoch den 2. Juni, abends 7.30 Uhr, Ende ungefähr 10 Uhr: **Maria Magdalena.** Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Aufzügen von Friedrich Hebbel.

Donnerstag den 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, Ende 10 Uhr: **Parsifal.** Ein Bühnenweihfestspiel in drei Aufzügen von Richard Wagner.

Amtliche Bekanntmachungen

Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der Erben des Altbürgermeisters **Johann Georg Roser in Mundenreute** soll das zu seinem Nachlaß gehörige Grundstück Lgb. Nr. 18 der Gemarkung Mundenreute — 20 a 88 qm Hofreite und Hausgarten mit einem einstöckigen Wohnhaus, freistehender Scheuer mit Stallung und Schopf — im Schätzungswert von 18 000 RM. am 2701

Montag den 14. Juni 1926, vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathaus zu Mundenreute einer freiwilligen öffentlichen Versteigerung ausgesetzt werden.

Die Versteigerungsgedinge können inzwischen auf dem Notariat von jedermann eingesehen werden.

Emmendingen, den 26. Mai 1926.

Bad. Notariat I.

Städtische Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Festsetzung der gesetzlichen Miete.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 22. Mai ds. Js. — Staatsanzeiger Nr. 117 vom 22. Mai 1926 — bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes 93 v. H., für gewerbliche Räume, die weder Teile einer Wohnung noch zusammen mit Wohnräumen vermietet sind, 107 v. H. der Friedensmiete in Reichsmark beträgt. 63

Diese Festsetzung tritt am **1. Mai 1926** in Kraft. — In der gesetzlichen Miete sind nicht enthalten: Wassergeld, die Hof- und Straßenreinigung, die Müllabfuhr und die Kaminfegergebühren. Diese werden anteilmäßig auf die Mieter umgelegt.

Gemeinderat.

Hundesteuer.

Zu der ersten Hälfte des Monats Juni ist jeder über **drei Monate alte** Hund vom Besitzer in der **Gemeinde, in der er gehalten wird,** anzumelden. 61

Ueber drei Monate alte Hunde, die nach dieser Frist **bis zum 31.** Mai des nächsten Jahres in Besitz genommen oder in die Gemeinde eingebracht werden, sind innerhalb vier Wochen nach der Besitzerlangung oder Einbringung, Hunde, die erst nach Ablauf der allgemeinen Anmeldefrist das Alter von drei Monaten erreichen, innerhalb vier Wochen nach diesem Zeitpunkt anzumelden.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, wenn der Besitz des Hundes in der ersten Hälfte des Monats Juni oder vor Ablauf der vierwöchigen Frist des vorstehenden ersten Absatzes wieder aufgegeben worden ist. Das gleiche gilt, wenn der Hund an die Stelle eines von demselben Besitzer in derselben Gemeinde im laufenden Steuerjahr versteuerten Hundes tritt.

Die Anmeldung hat bei der **Stadtkasse** zu erfolgen. Daselbst ist auch die **Steuer und der Gemeindezuschlag** in der gleichen Frist **(ersten Hälfte des Monats Juni)** zu bezahlen.

Die **staatliche Steuer** beträgt für jeden Hund **12 Reichsmark.**

Hält ein Besitzer **mehr** als einen Hund, so ist für jeden weiteren Hund die **doppelte Steuer** zu bezahlen.

Der **Gemeindezuschlag,** welcher nach Beschluß des Bürgerausschusses vom 5. Mai 1924 in Emmendingen zur Erhebung gelangt, beträgt für den ersten Hund eines Besitzers **18 Reichsmark,** für den zweiten und jeden weiteren Hund eines Besitzers je **36 Reichsmark.**

Die Steuer und der Gemeindezuschlag wird **zur Hälfte bei der Stadt der staatlichen Steuer und des Gemeindezuschlags erhoben:**

a) für je einen Hund, der vorwiegend zur Bewachung eines abgelegenen Hofgutes oder eines ähnlich abgelegenen Gebäudes gehalten wird,
b) für Schäferhunde, die während des größeren Teils des Jahres zur Bewachung von Herden gehalten werden.

Steuerfrei sind:

a) Hunde, die bei öffentlichen Behörden oder an öffentlichen Anstalten unmittelbar zu öffentlichen Zwecken gehalten werden,
b) Hunde, die von Beamten des Staats oder der Gemeinden mit Genehmigung der vorgesetzten Behörden zu dienstlichen Zwecken gehalten werden,
c) Hunde, die von Blinden als Führerhunde gehalten werden.

Wird Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung gewünscht, so ist ein schriftlicher Antrag zu stellen.

Die Entscheidung über Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen trifft der Gemeinderat. Zu ungunsten, als den oben genannten Fällen, ist das Finanzministerium zuständig.

Die Hinterziehung der Hundesteuer und des Zuschlags wird mit **einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrag der hinterzogenen Steuer und des Zuschlags bestraft.** Neben der Geldstrafe ist die Steuer nachträglich zu entrichten. Hunde, für welche die Steuer nicht rechtzeitig bezahlt wird, können von den Steuerbehörden eingezogen werden.

Emmendingen, den 27. Mai 1926.

Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Volksentscheid über den Gesetzentwurf „Enteignung der Fürstenvermögen".

Gemäß § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (R.G.Bl. S. 790) bringe ich nachstehend die Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern vom 17. Mai 1926 zur Durchführung eines Volksentscheids **zur Kenntnis der Gemeindebehörden.**

Die Gemeindebehörden haben für umgehende ortsübliche Veröffentlichung dieser Verordnung in ihren Gemeinden Sorge zu tragen. Ferner sind sofort alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Stimmlisten oder -karteien bis spätestens 6. Juni 1926 ausgelegungsfähig sind. 64

Nähere Anweisung über die Durchführung des Volksentscheids folgt nach.

Zum Abstimmungsleiter für den 32. Stimmkreis (Baden) wird Oberregierungsrat Pfisterer im Ministerium des Innern, zu seinem Stellvertreter Regierungsrat Walz im gleichen Ministerium ernannt.

Karlsruhe, den 21. Mai 1926.

Der Minister des Innern:
Remmele.

Verordnung zur Durchführung eines Volksentscheids.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (R.G.Bl. S. 790) und des § 13 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 (R.G.Bl. I 1924 S. 173) wird auf Beschluß der Reichsregierung hiermit verordnet:

§ 1.

Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Mai 1926 den im Volksbegehren verlangten, aus der Anlage ersichtlichen Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, wird dieser Gesetzesentwurf zum Volksentscheid gestellt.

Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll.

§ 2.

Die Abstimmung findet am Sonntag den 20. Juni 1926 statt.

§ 3.

Der Stimmzettel erhält folgenden Ausdruck:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?

Ja	Nein
○	○

Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja", der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein" bezeichnete Viereck durchkreuzt.

§ 4.

Die Stimmlisten und Stimmkarteien sind vom 6. Juni 1926 bis einschließlich 13. Juni 1926 auszulegen. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Berlin, den 17. Mai 1926.

Der Reichsminister des Innern:
Dr. Külz.

Anlage.

Entwurf
eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen.

Das deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

Auf Grund des Artikels 13 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I.

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Ablegung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II.

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:

a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungswerke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Erholungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Artikel III.

Alle Verfügungen — einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb 3 Monaten nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikels II dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Emmendingen, den 26. Mai 1926.

Bürgermeisteramt.

Schuhcreme „Kavalier" extra

Die beste Creme ist „Kavalier", Kavalier Extra, überall erhältlich, im ganzen Reich, das merkt ihr gleich!

FABRIK UNION AUGSBURG

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben unvergeßlichen Gatten, unseres treusorgenden Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Joh. Heinrich Patschke

sagen wir allen herzlichen Dank. Besonders Dank dem Herrn Pfarrer Schmitt für die schöne Leichenrede und für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte. 2786

Teningen, den 31. Mai 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Patschke.

Danksagung.

Für die vielen wohltuenden Beweise aufrichtiger Anteilnahme an unserem schweren Verluste sowie für die schönen Kranzspenden sprechen wir Allen unseren herzlichsten Dank aus.

Emmendingen, den 31. Mai 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Berta Heck u. Kinder.

Sandalen kaufen Sie gut und billig bei 2057 **A. Wiesse** Schuhlager, Emmendingen

Emmendingen Mittwoch, den 2. Juni
Rindvieh- und Schweinemarkt.

Forstamt **Emmendingen** gibt laufend 2771
taunenes Nutz- u. Brennreis
ab aus den Domänenwaldabteilungen Hohlwald, Lauer, Hesselbach, Sodatengrab, Husarenhäle und Allmendbuck. Vorzeiger: Ob.-Forstm. Schieler in Mundingen; Ob.-Forstwart Drüssel in Tennenbach.

Dixin Henkel's Seifenpulver — Wer es kennt gebraucht es gern!

Lebewohl das ärztlich empfohlene Mittel gegen **Hühneraugen** und Hornhaut Blechdose (6 Pflaster) 75 Pfg. 1262 **Lebewohl-Fussbad** gegen empfindliche Füsse und Fußschweiß (2 Bäder) 50 Pfennig in Drogerien u. Apotheken. Sicher zu haben bei: **Drogerie Hugo Kromer,** Emmendingen

Haferl-Schuhe für Damen und Herren empfiehlt **A. Wiesse jr. Emmendingen** G. Reich, Stiftungen 67; 2.

Jüd. Jugendbund
Emmendingen.
Nächsten Sonntag Besuch des Festspiels
Trompeter v. Säckingen
in Kappel a. Rh. zu ermäßigten Preisen. Anmeldungen bis Mittwoch Abend wegen Kartenbestellung beim
1. Vorsitzenden.

Gefunden

eine goldene
Damenuhr mit Kette
Abzuholen 2790
Obsthandlung Ehret
unterm Tor
Emmendingen.

Zwangsversteigerung

Freitag, den 4. Juni 1926 vormittags 9½ Uhr, werde ich in **Emmendingen** im Pfandlokal gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
2 gebrauchte Motorräder.
Kenzingen, den 31. Mai
Maurer, Gerichtsvollzieher

Öffentl. Zurücknahme

Karl Adolf Sommer und seine Ehefrau Anna Maria, geb. Adler, von Bahlingen erklären hiermit, daß sie die am Pfingstmontag gegen Brunnenmeister Karl Adler, hier gemachten beleidigenden Aeußerungen als unwahr zurücknehmen.
Bahlingen, 29. Mai 1926.

Tadellos erhaltenes **Pianino** ist preiswert abzugeben auch gegen kleine Ratenzahlungen. **Musikhaus Ruckmich** Freiburg i. Br.

Unserer Zeit Nickel in Gelbsilb und am Körper, Leichtgold, Goldfüllung, Goldstimmgarnitur, wie auch lackiert Band, verschlossen sehr fesch, kann man abends der Spaum von Kuder's Parfümerie-Seife, 1 Stück 60 Pfg. (12 Stck. 6,80), 1/2 (2,50 Stck.), und Dtzt. 1.50 (35 Pfg. Stck. Porto), entgegnen Geschäftsführer und mit „Fuchs-Weiner" 1 Liter 4.45, 60 und 90 Pfg. nachkaufen. Preiswerte Wirkung, von Kunden lobend. In allen Parfümerie-Drogerien erhältlich. Jahrzehntelang Stück.
Drogerie W. Reichelt

Metzgerei
in Karlsruhe, erstl. Geschäft, geeignet für Wurstfabrik u. Versandgeschäft, modern eingerichtet zu verkaufen. Preis ca. Mk. 150000.— sowie eine solche zu Mk. 50000.— außerdem eine Pachtmetzgerei in größerem Landort. **Ruf & Groß, Karlsruhe** Kaiserstraße 111. 2746

Ein schöner
Zugochse
ist zu verkaufen. 2797
Joh. Gg. Roser
Ottoschwanden, Schutzhof.

Heu- und Oehmdgrasverpachtung
Verpachte circa 30 Ar Heu und Oehmdgras im Kastelberg. **Samstag, den 5. Juni mittags 2 Uhr** Zusammenkunft am Kastelberger Weg.
Frau Olga Wehrle geb. Stillmann
Gutach i. B.

HONIG allerfeinster, edelster, goldgelber Blüten-Schleuderhonig, garantiert rein, 10-Pfund-Dose nur 13.50 M. frei Haus.

Tüchtiges, ehrliches
Mädchen
vom Lande per sofort oder 15. Juni gesucht.
Zu erfr. in d. Geschäftsstelle ds. Blattes.

Suche eine
Haushälterin
welche mehr auf Eigenheim als auf Lohn reflektiert.
Reichwirt Bedingung.
Angebote unter Nr. 2765 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Möbliertes, einfaches
Zimmer
per sofort oder später gesucht
Jos. Reichenbach
Glottertal, Hauptstraße 10.

Schönes 2794
Laden-Lokal
im Zentrum der Stadt mit vier Schaufenster ab 1. Juni zu vermieten. Zu erfragen: **Sammstraße 13, II. Stock, Emmendingen.**

Eine gute 2785
Nutz- u. Zugkuh
mit dem 3. Kalb zu verkaufen.
Haus 246, Bahlingen.

2 neue
Leiterwägen
zu verkaufen bei
Schmiedmeister Dietrich,
Bleisbach, Stollen.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: monatlich frei ins Haus Mark 1.80.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
mit den Beilagen: „Ratgeber des Landmannes" und „Breisgauer Sonntagsblatt"
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg., bei öfterer Aufnahme Rabatt. Bei Platzvorschrift 20% Aufschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mark ohne Postgebühren.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 303, Freiburg 1302.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Nr. 7382 Amt Karlsruhe

Nr. 126 — Emmendingen, Mittwoch, 2. Juni 1926 — 61. Jahrgang

Aus Frankreich.

Die Kammerdebatte in Paris.

WTB. - **Paris,** 1. Juni. In der heutigen Kammersitzung, der von allen Seiten größtes Interesse entgegengebracht wurde, wurde die Festsetzung des Zeitpunktes der Beratung der eingebrachten Interpellationen über das Finanzprogramm der Regierung erledigt. Zu Beginn der Debatte ergriff Ministerpräsident Briand das Wort und erklärte u. a., daß die Gründe, welche die Regierung veranlaßten, eine so ernste Debatte hinauszuschieben, sich verstärkt hätten. In der jetzigen Lage müsse vor allem die Autorität der Regierung unversehrt bleiben, sonst wäre es besser, ihrer Existenz ein Ende zu machen. Die Abgeordneten müßten sich als gute Franzosen zusammenschließen, um der Regierung zu helfen, über die schwierige Lage hinwegzukommen. Gelinge es der Regierung nicht, vorübergehend die Einigkeit herzustellen, dann müsse sie zurücktreten. Die beste Mitarbeit sei die der praktischen Maßnahmen und nicht die der Rederei. Die Ausführungen Briands wurden von der äußersten Rechten bis zur Mitte mit starkem Beifall aufgenommen.

Im Anschluß hieran traten die Interpellanten zu längeren Erklärungen für die sofortige Beratung ihrer Interpellationen ein, worauf die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen wurde. Nach ihrer Wiederaufnahme ergriff Ministerpräsident Briand nochmals das Wort und warnte die Kammer vor einer sofortigen Besprechung der vorliegenden Interpellationen. Darauf wurde der Antrag der Interpellanten auf sofortige Besprechung ihrer Interpellationen, nachdem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 313 gegen 147 Stimmen bei etwa 80 Enthaltungen abgelehnt.

WTB. - **Paris,** 1. Juni. In politischen Kreisen sieht man das Ergebnis der heutigen Abstimmung über die Vertagung der Interpellationen betreffend die Finanzlage als einen großen Erfolg für die Regierung und besonders für Ministerpräsident Briand an. In den Wandelgängen der Kammer wurde, wie Havas berichtet, erklärt, die Regierung könne mit der Abstimmung zufrieden sein, weil unter den Abgeordneten, die für sie gestimmt hätten, trotz des Beschlusses der radikalen Fraktion, sich der Abstimmung zu enthalten, auch 35—40 radikale Abgeordnete für die Regierung gestimmt hätten. Die Regierungsmehrheit betrage jetzt 313 Stimmen, sei also ungefähr die gleiche, wie die vom letzten Donnerstag. Die Opposition sei dagegen von 209 auf 147 zurückgegangen.

Zum internationalen Frauenstimmrechtskongreß.

WTB. **Paris,** 31. Mai. Gestern abend fand im Amphitheater der Sorbonne unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Lamoureux die von musikalischen Darbietungen umrahmte Eröffnungsfeier des zehnten Kongresses der Internationalen Vereinigung für das Frauenstimmrecht statt, auf dem Deutschland durch eine starke Delegation vertreten ist.

Sonstige Meldungen.

Aus dem Reichstage.

WTB. **Berlin, 1. Juni. Im Reichstag ist jetzt die Vorlage zur Fürstenabfindung eingegangen. Sie umfaßt im ganzen 29 Paragraphen und sehnt sich eng an den alten Kompromißentwurf der Regierungsparteien an. Die Vorlage ist bekanntlich vom Reichsrat schon angenommen.**

Reichstag und Reichsbahn.

Berlin, 1. Juni. Der zu einer besseren Fühlungnahme der Reichsbahn mit dem Reichstag und der Reichsregierung in Aussicht genommene interfraktionelle Ausschuß des Reichstages ist nach einer Mitteilung des Vorwärts nunmehr gebildet worden. Er wird sofort nach Schluß der Pfingstferien des Reichstags zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Den Vorsitz im Ausschuß führt der Reichsverkehrsminister.

Der Reichsfinanzminister erkrankt.

WTB. **Berlin,** 1. **Juni.** Der Reichsfinanzminister der Finanzen musste infolge einer starken Heuschnupfenerkrankung auf ärztlichen Rat Berlin für etwa drei Wochen verlassen, führt aber die Amtsgeschäfte weiter.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

WTB. **Berlin,** 1. Juni. Die Ratifikationsurkunden zu dem Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Spanien vom 7. Mai 1926 sind in Madrid ausgetauscht worden. Das Handelsabkommen tritt am 1. Juni in Kraft.

Der Flaggenzwischenfall in Konstanz.

WTB. **Berlin,** 1. Juni. Wie die B. Z. zu dem Herabreißen der Reichsflagge in Konstanz meldet, habe die gerichtliche Untersuchung bisher ergeben, daß die beiden Reichswehrangehörigen in angetrunkenem Zustand festgenommen wurden. Sie befanden sich zur Zeit des Vorfalls in Zivil. Sie behaupten, an dem Herunterreißen der Flagge nicht beteiligt gewesen zu sein, sondern nur zugesehen zu haben.

Kolonialkriegertagung in Essen.

WTB. **Essen,** 31. Mai. Auf der von etwa 800 Delegierten besuchten Jahresversammlung des Deutschen Kolonialkriegerbundes, die unter dem Vorsitz des Generalleutnants Ritter v. Epp stattfand, wurde folgende Entschließung angenommen: Der Deutsche Kolonialkriegerbund als berufene Vertretung aller ehemaligen deutschen Kolonialsoldaten wiederholt auf der diesjährigen Hauptversammlung auf das nachdrücklichste die Forderung an die Reichsregierung, endlich den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes auf eigenen Kolonialbesitz energisch Ausdruck zu geben und die Rückgabe der unter falschen Anschuldigungen weggenommenen deutschen Kolonien aufs nachdrücklichste zu fordern. Sie möge vor allem den etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig machen von der Gewährung von Garantien für die Wiedererlangung des eigenen Ueberseegebietes.

Auf einer Massenkundgebung für die Wiedererlangung des deutschen Kolonialbesitzes im Riesensaal des Schützenhofes sprachen Oberbürgermeister Dr. Krüger, Reichsminister a. D. Dr. Bell, Gouverneur a. D. Dr. Seitz und Generalleutnant Ritter von Epp-München.

Generalkommissar Schmidt zum Staatssekretär ernannt.

Der bisherige Generalkommissar für die besetzten Gebiete, Schmidt, ist den Blättern zufolge zum Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete ernannt worden. Von der Ernennung eines selbständigen Ministers für die besetzten Gebiete und von der Neuernennung eines Justizministers soll bis auf weiteres Abstand genommen werden. Beide Ministerien werden nach wie vor kommissarisch vom Reichskanzler mit verwaltet.

Millionendefizit in Braunschweig.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung wird der Etat Braunschweigs erst Ende d. M. zur zweiten Lesung an den Landtag kommen. Der Fehlbetrag beläuft sich, wie das Blatt berichtet, auf ca. 5 Millionen Mark bei einem Gesamtabschluß von 50 Millionen. Dieser Fehlbetrag werde sich noch erhöhen, da durch eine neue Reichsgerichtsentscheidung in einem Besoldungsstreit zwischen Kirche und Staat die Entscheidung zu Gunsten der Kirche ausgefallen ist.

Von der Genfer Arbeitskonferenz.

WTB. **Genf,** 31. Mai. Der zweite Ausschuß der Arbeitskonferenz hat beschlossen, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes einen aus sechs bis acht Mitgliedern bestehenden ständigen Sachverständigenausschuß einsetzen soll, der als technischer Sonderausschuß mit dreijähriger Mandatsdauer die jährlichen Berichte der Regierungen über die Durchführung der Arbeitskonventionen nach juristischen und technischen Gesichtspunkten begutachten soll. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes wird künftig auf Grund dieser Gutachten der Arbeitskonferenz Bericht erstatten, die ihrerseits berechtigt sein soll, von sich aus einen Ausschuß einzusetzen, der zu den Regierungsberichten Stellung nehmen kann.

Vertrauensvotum des belgischen Senats.

WTB. **Brüssel,** 1. Juni. Der Senat hat nach Diskussion der Regierungserklärung der Regierung einstimmig bei zwei Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

Beibehaltung der päpstlichen Nuntiatur im Haag.

WTB. **Amsterdam,** 31. Mai. Dem katholischen „Maasbode" zufolge hat der Papst in der Angelegenheit der Beibehaltung der Nuntiatur im Haag und der an ihn gerichteten Schreiben der holländischen Bischöfe trotz der Zurückziehung der holländischen Gesandten beim Vatikan beschlossen, die päpstliche Nuntiatur im Haag beizubehalten.

Aus Oesterreich.

Aus dem österreichischen Nationalrat.

WTB. **Wien,** 1. Juni. Der Nationalrat nahm am Schlusse seiner heutigen Sitzung das zweite Zusatzabkommen zum österreichisch-deutschen Wirtschaftsabkommen an.

Die Wiener Gemeindeangestellten drohen mit dem Streik.

WTB. **Wien,** 1. Juni. Nach einer Meldung einer parlamentarischen Korrespondenz haben die Gemeindeangestellten in einer Versammlung beschlossen, unter Hinweis auf ihre schlechte materielle

Der Urlaub des Herrn v. Zoomen.

Roman von Otto Berndt.

Copyright by Carl Duncker, Berlin W. 62, 1924.

*

(10) (Nachdruck verboten.)

„Aber bitte, ich habe doch nichts getan, als unserem Direktor von Zoomen Ihre Offerte zu übermitteln, das war meine Pflicht als Angestellte des Hauses. Aber ich denke, wir verlieren das Geschäftliche nicht und sehen einmal nach, ob die Maschinen da sind."

„Ich habe sie bereits gesehen und bin außerordentlich befriedigt."

Fräulein Lezcinska machte ein etwas hochmütiges Gesicht.

„Die Hanseatische Eisen-Export-Co. liefert nur erstklassige Ware. Dann lassen Sie also bitte die dringende Verbindung mit Hamburg herstellen."

Zu Zöllners lebhaftem Bedauern vergingen nur wenige Minuten bis d. Telephon klingelte. Er hätte nichts dagegen gehabt, endlich einmal ein paar nicht geschäftliche Worte mit Frl. Lezcinska wechseln zu können, aber jetzt galt es, mit Hamburg zu sprechen. Nach einer Viertelstunden war alles erledigt und Fräulein Lezcinska zog aus ihrer Aktenmappe ein Schriftstück.

„Wollen Sie mir bitte durch Ihre Unterschrift bestätigen, daß Sie die fünfundzwanzig Lokomotiven für Ihre Firma übernommen haben; Vollmacht haben Sie doch bei sich?"

Sie war noch hinreißender, wenn sie so wie ein alter Buchhalter die Geschäfte wahrnahm und jetzt genau Zöllners Vollmachten prüfte, dann machte sie ein vergnügtes Gesicht.

„So, jetzt gehören die Lokomotiven Ihnen, Ihre zehntausend Mark sind verdient und ich kann wieder abreisen."

„Gnädiges Fräulein, noch einmal, welche Provision darf ich Ihnen anbieten?"

„Ich sagte Ihnen schon einmal."

„Aber ich muß mich doch irgendwie revanchieren?"

Sie markierte die Demütige.

„Indem Sie mich als Privatsekretärin behalten, wenn Sie einmal Generaldirektor der Hanseatischen Eisen-Export-Co. sind."

Zöllner lachte.

„Was sollte das wohl sein?"

„Möchten Sie nicht?"

„Wem's auf mich ankäme."

„Nun also, so etwas kann schneller geschehen, als man denkt, jedenfalls meiner Protektion wäre Sie sicher."

Sie sah ihn dabei so warm an, daß ihm ganz heiß zumute wurde.

„Fräulein Lezcinska —"

Er konnte nicht weiter reden. Bis jetzt waren sie ganz allein im Gastzimmer gewesen, das der Kellner diskret verlassen hatte. Jetzt aber wurde die Tür aufgerissen und Generaldirektor Bamberger trat in Begleitung des Majors Borowicz ein. Er sah die beiden Hand in Hand zusammenstehn und hatte ein Lächeln um seinen Mund.

„Gestatten Sie, Herr Generaldirektor Bamberger — Herr Major Borowicz — Fräulein Lezcinska, Direktionssekretärin der Hanseatischen Eisen-Export-Co., Hamburg."

Major Borowicz warf der jungen Dame einen zudringlichen prüfenden Blick zu, während Bamberger ihr die Hand entgegenstreckte.

„Ich bin entzückt, ein solch angenehmes Wiedersehen zu feiern, ich hätte mir es damals nicht träumen lassen —"

Sie unterbrach.

„Ich auch nicht, Herr Generaldirektor, aber Sie entschuldigen mich, meine Geschäfte sind abgewickelt, mein Auto wartet, ich muß auf dem schnellsten Wege nach Hamburg zurück."

„Dürfen wir nicht wenigstens zu einem Frühstück einladen?"

„Bedauere wirklich, die Pflicht ruft, Herr Oberingenieur, es hat mich außerordentlich gefreut, Ihnen gefällig sein zu können."

Sie reichte Zöllner die Hand, verhinderte aber einen Handkuß, schlüpfte, ohne eine Hilfe anzunehmen, in ihren Pelz, eilte aus der Tür, sprang in das Auto, rief dem Chauffeur einen kurzen Befehl zu, und ehe die Herren noch etwas sagen konnten, sauste das Auto mit ihr davon.

Major Borowicz schmunzelte.

Ein rassiges Weib, und dabei ist mir, als wäre ich ihr schon irgendwo begegnet."

Zöllner wußte nicht warum, aber er ärgerte sich über des Majors zynisches Gesicht. Bamberger dachte an das Geschäft.

„Also, meine Herren, unsere Lokomotiven."

Eine Stunde verging über den Formalitäten. Major Borowicz war entzückt, dann wurde der Vertrag abgeschlossen, das Geld bezahlt und der Major übernahm die Lokomotiven und blieb in Fürstenwalde zurück, um deren Weiterleitung nach Budapest zu veranlassen, während Zöllner und Generaldirektor Bamberger im Auto nach Berlin zurückfuhren.

„Hier, lieber Zöllner, der Scheck über zehntausend Mark, es freut mich aufrichtig."

Zöllner steckte ihn vergnügt ein.

„Verbindlichen Dank, Herr Generaldirektor."

Dann blieben sie beide eine Zeitlang stumm, bis Zöllner sagte: „Wenn ich das alles nur verstünde?"

Bamberger zuckte die Achseln.

„Selbstverständlich ist die junge Dame in Sie verliebt, und ich an Ihrer Stelle — sie scheint mir eine außergewöhnlich intelligente Person und dabei eine so außergewöhnliche Schönheit."

— — — — — — — —

Zu derselben Zeit ging mit hastigen Schritten Herr Xaver Matousek, Agent der tschechoslowakischen Regierung, auf dem Bahnsteig von Schneidemühl auf und nieder, saß immer wieder nach der Uhr, wie er es in den letzten vier Stunden schon so oft getan, ging zum zwanzigsten Male auf den Stationsbeamten zu und fragte: „Sind meine fünfundzwanzig Lokomotiven aus Hamburg noch immer nicht gemeldet?"

„Nein."

„Und gefragt hat niemand nach mir — Xaver Matousek aus Prag."

„Auch niemand."

Der Stationsbeamte lächelte über das gebrochene Deutsch des Fragers, dieser aber setzte unermüdlich seine Wanderung über den Bahnsteig fort, fragte alle Viertelstunde wieder, wurde immer nervöser, verlangte endlich um später Abend eine Fahrkarte zweiter Klasse nach Hamburg und fuhr mit dem Nachtzuge davon.

(Fortsetzung folgt.)